Wittgensteiner Zeitung

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage, und kostet monatlich 2 Mark
Girokonto: Kreis-Sparkasse Laasphe Nr. 89
Marburger Bank e.G.m.b.H., Niederl. Laasphe

Tageszeitung für den Kreis Wittgenstein

Mit der wöchentlichen Beilage „Heimat und Welt"

Schriftleitung, Druck und Verlag von Ernst Schmidt in Laasphe

Anzeigen: 1 mm hoch, 42 mm breit 10 Pfg.
Familien- und Kleine Anzeigen .... 8 Pfg.
Reklamen: 1 mm hoch, 90 mm breit 50 Pfg.
:-: Postscheckkonto Nr. 40449 Amt Köln :-:

Nummer 70 | Fernsprecher Nr. 1 | Laasphe, Montag den 24. März 1930 | 55. Jahrgang

Neues vom Tage.

— Der Reichsminister des Innern teilte den Landesregierungen in einem Erlaß mit, daß mit der Ausführung des Reichstagsbeschlusses über den öffentlichen Anschlag der Kundgebung des Reichspräsidenten vom 13. März über die Haager Beschlüsse die Reichszentrale für Heimatdienst beauftragt worden ist.

— Der neue Reichsbankpräsident Dr. Luther ist in Zürich eingetroffen, um sich dem Präsidenten der Schweizerischen Nationalbank, Professor Bachmann, vorzustellen und mit ihm Fragen der internationalen Zahlungsbank zu besprechen.

— Die französische Heeresverwaltung beabsichtigt die Abhaltung von großen Herbstübungen an der deutsch-lothringischen Grenze, um festzustellen, ob die Festungen Metz und Verdun und das Gebiet von Nancy vor einem Flugangriff geschützt werden können.

— In einem rumänischen Dorfe bei Jassy sind acht Kinder einer Feuersbrunst zum Opfer gefallen. Der Brand verbreitete sich mit solcher Schnelligkeit, daß die Bauern, von Panik ergriffen, flüchteten und die Kinder im Stich ließen.

Ministerpensionen.

□ Im alten Staat waren die Minister reguläre Staatsbeamte mit allen deren Rechten und Pflichten. In der Regel gingen sie auch aus der Beamtenlaufbahn hervor. Wenn sie in den Ruhestand traten, erhielten sie folgerichtig die ihnen beamtenrechtlich zustehende Pension.

Der neue parlamentarisch regierte Staat hat die rechtliche Stellung des Ministers grundsätzlich verändert. Der Minister ist kein unwiderruflich angestellter Staatsbeamter, meist kommt er auch nicht aus der Beamtenlaufbahn, sondern aus dem Parlament, dessen Vertrauen er zur Führung seines Amtes bedarf. Wird ihm dieses Vertrauen versagt, so muß er zurücktreten. Daraus folgt, daß die Ministerherrlichkeit unter Umständen von nur sehr kurzer Dauer sein kann. Es ist möglich, daß ein Minister heute sein Amt übernimmt und morgen schon vom Parlament gestürzt wird.

Diesen völlig veränderten Verhältnissen hat die Gesetzgebung erst jetzt Rechnung getragen. Am 18. März hat der Reichstag mit 330 gegen 70 Stimmen einem Gesetzentwurf zugestimmt, der die Rechts- und Pensionsverhältnisse der Reichsminister neu regelt. Bis zu diesem Zeitpunkt wurden die parlamentarischen Minister rechtlich ebenso behandelt, wie die Beamtenminister der Vorkriegszeit. Das hat in der Bevölkerung insofern großen Unwillen ausgelöst, als es dadurch vorkam, daß ein Reichsminister nach verhältnismäßig kurzer Dienstzeit eine sehr erhebliche Pension bis an sein Lebensende einstecken konnte. Es war das namentlich dann der Fall, wenn der Minister aus der Beamtenlaufbahn kam. Wenn nämlich ein Beamter — sei es nun ein unterer, mittlerer oder oberer Beamter — Minister wurde und dieses Amt auch nur wenige Tage bekleidete, wurde sein Ruhegehalt aus den Ministerbezügen errechnet. Der Reichstagsabgeordnete Ersich weist in einer bemerkenswerten Veröffentlichung darauf hin, daß in diesem Falle die Ministerpension 25 000 bis 30 000 Mark jährlich betrug. Ein Minister, der vorher nicht Staatsbeamter war, erhielt nach seinem Rücktritt Pension nur, wenn er mindestens zwei Jahre im Amt war; sie betrug in diesem Falle etwa 10—12 000 Mark jährlich.

Bisher hatten wir also zweierlei Arten von Ministern; solche, die aus freien Berufen und solche, die aus der Beamtenlaufbahn kamen. Die Letztgenannten hatten gegenüber den Ersteren bezüglich des Ruhegehalts große Vorteile. Das oben erwähnte Gesetz vom 18. März. ds. Js. hat diesen Zustand beseitigt. Nach diesem Gesetz werden die Reichsminister, sofern sie Beamte waren, ihrer Beamtenstellung enthoben. Sie werden dadurch den übrigen Ministern gleichgestellt. Ferner gibt es — von bestimmten Ausnahmen abgesehen — für die Reichsminister künftig überhaupt keine Pension mehr. Von dem Zeitpunkt ab, zu dem die Reichsminister ausscheiden, erhalten sie nur noch ein Uebergangsgeld. Dieses Uebergangsgeld wird für die gleiche Anzahl von Monaten gezahlt, für die der Berechtigte ohne Unterbrechung Gehaltsbezüge erhalten hat, mindestens jedoch für sechs Monate und höchstens für fünf Jahre. Minister, die nach dem Ausscheiden aus der Ministerstellung das 50. Lebensjahr vollendet haben, erhalten das Uebergangsgeld für die doppelte Anzahl von Monaten bzw. Jahren. Ueber die Höhe des Uebergangsgeldes ist folgendes bestimmt: es ist für die ersten drei Monate gleich dem vollen Ministergehalt und beträgt für die spätere Zeit die Hälfte. Das Uebergangsgeld soll den ausscheidenden Ministern die Möglichkeit verschaffen, in ihren früheren Beruf zurückzukehren und für die Uebergangszeit einen entsprechenden Lebensunterhalt ermöglichen.

Eine lebenslängliche Versorgung, also eine Pension, sieht das neue Gesetz nur für den Fall vor, daß ein Minister bei Ausübung seines Amtes ohne eigenes Verschulden eine Gesundheitsschädigung erleidet, die seinen Gesundheitszustand wesentlich und dauernd beeinträchtigt. In diesem Falle kann ihm der Reichspräsident eine Ruherente bewilligen, die 20 Prozent des Ministergehalts beträgt und in besonderen Fällen auf 35 Prozent erhöht werden kann. Stirbt ein Reichsminister, so stehen den Hinterbliebenen für die auf den Sterbemonat folgenden drei Monate die vollen Gehaltsbezüge und später Hinterbliebenenfürsorge zu, und zwar für dieselbe Zeit, für die ein Minister Uebergangsgeld erhalten hätte.

Da das Gesetz keine rückwirkende Kraft hat, ist der Rechtszustand jetzt so, daß diejenigen Reichsminister, die in den letzten Jahren Minister waren, ihre Pension weiterbeziehen werden, während diejenigen, die künftig das Ministeramt übernehmen, beim Ausscheiden aus dem Dienst nur noch das Uebergangsgeld erhalten werden. Die zur Zeit im Amt befindlichen Reichsminister haben die Wahl zwischen einer Pension nach dem alten Recht oder einem Uebergangsgeld.

Bei dieser Gelegenheit sei — ebenfalls nach den bereits erwähnten Ausführungen des Reichstagsabgeordneten Ersing — noch angefügt, daß in Deutschland zur Zeit 1700 Pensionäre ein Ruhegehalt von über 10 000 Mark jährlich beziehen. Darunter sind etwa 140 Minister, Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, deren Pensionsbezüge zwischen 10 und 30 000 Mark liegen. 550 Generäle beziehen eine Pension von 12 000 bis 20 000 Mark und etwa 1000 Generäle eine Pension von weniger als 12 900 Mark jährlich.

Hapag und Norddeutscher-Lloyd

Schon seit längerer Zeit war bekannt, daß zwischen den beiden größten deutschen Schiffahrtsunternehmungen, der Hamburg—Amerika-Linie (abgekürzt: Hapag) in Hamburg und dem Norddeutschen Lloyd in Bremen Verhandlungen über ein Zusammengehen stattfinden, nachdem sich die beiden Gesellschaften Jahrzehnte hindurch scharfe Konkurrenz gemacht hatten. Die Verhandlungen sind nun, wie Berliner Blätter melden, zu einem gewissen Abschluß gekommen. Die

Unterzeichnung der Abmachungen

stehe unmittelbar bevor. Unter Wahrung der Selbständigkeit beider Gesellschaften soll eine weitgehende Vereinheitlichung durchgeführt werden. Die beiden größten Reedereien werden durch Personalunion ihrer Vorstände und durch Teilung der Gewinne miteinander verknüpft werden. Ueber die Einzelheiten der Vereinbarungen verlautet u. a.: Es wird auf die Dauer von 50 Jahren eine enge

Arbeitsgemeinschaft

abgeschlossen. Beide Gesellschaften werden aber ihre Schiffe wie bisher unter der alten Flagge abfertigen.

Die gemeinsame Betriebsführung soll in der Weise gesichert werden, daß die Vorstände gegenseitig übernommen werden, indem der Vorstand des Lloyd durch die Mitglieder des Hapagvorstandes ergänzt wird und die Bremer Direktoren in den Hapag-Vorstand eintreten. Auf den wichtigsten Weltlinien werden ferner die Schiffe beider Reedereien für gemeinsame Rechnung fahren. Die Gewinne sollen im Verhältnis 1:1 geteilt werden. Diese Zusammenarbeit wird sich sowohl auf den Passagierverkehr wie auch auf das Frachtengeschäft erstrecken. In ihrer Finanzgebarung bleiben die beiden Gesellschaften vollkommen selbständig.

Frankreich und der Young-Plan.

In den französischen Kammerausschüssen.

Paris, 24. März. Nachdem der Finanzausschuß der französischen Kammer die Gesetzesvorlage, die die Ratifizierung des Young-Planes vorsieht, angenommen hat, wird sich nunmehr der Außenausschuß in einer Sondersitzung damit beschäftigen, so daß die Beratung in der Kammer am Dienstag nachmittag beginnen könnte.

Im Verlauf der Samstagssitzung der Vereinigten Ausschüsse der Kammer griff auch Franklin Bouillon in die Aussprache ein, da er von der Beantwortung der von ihm vorgebrachten Fragen die Haltung seiner Gruppe abhängig machen wollte. Er zeigte besonderes Interesse für die Rheinlandräumung und fragte Briand, ob das Rheinland vor dem 30. Juni geräumt sei. Briand antwortete, daß die Räumung an diesem Termin beendet sein werde, da die dazu geforderten Voraussetzungen nunmehr gegeben seien.

Als Franklin Bouillon hierauf die Frage vorlegte, was dann geschehe, wenn der Young-Plan plötzlich aufhöre zu bestehen, erklärte Briand, daß eine derartige Hypothese nicht in Betracht kommen könne, da er nicht annehmen wolle, daß Deutschland die getroffenen Abmachungen mißachte und dadurch seinen Kredit schädige. Franklin Bouillon erklärte hierauf, daß er seine Gruppe ursprünglich aufgefordert habe, für die Ratifizierung zu stimmen, daß er mit ihr nunmehr aber dagegen stimmen werde.

Der Parteitag der Deutschen Volkspartei.

Eine Rede des Parteiführers Dr. Scholz.

Mannheim, 23. März. Der Parteitag der Deutschen Volkspartei wurde am Samstag vom Parteivorsitzenden, Reichstagsabgeordneten Dr. Scholz, eröffnet. Zum Vorsitzenden wurde Reichstagsabgeordneter Dr. D. Kahl gewählt. An den Reichspräsident v. Hindenburg wurde ein Drahtgruß gesandt. Für die Stadt Mannheim begrüßte Oberbürgermeister Heimerich den Parteitag. Abg. Dr. Scholz sprach über das Thema „Deutsche Politik". Er gedachte des Ablebens des Außenministers Dr. Stresemann und führte dann aus:

Wer Realpolitik treibe, müsse mindestens z. Zt. feststellen, daß ein Regieren gegen oder auch ohne die Sozialdemokratie auf die Dauer kaum möglich sei. Das müsse auch eine Partei anerkennen, die im innersten Kern ihres Lebens antisozialistisch sei, denn der Liberalismus vertrage sich grundsätzlich weniger mit sozialistischer Weltanschauung, als etwa der Konservativismus., Der Redner richtete an die bürgerlichen Parteien, die mit der Volkspartei gemeinsam positive Arbeit leisten wollten, die Aufforderung um engen Zusammenschluß, der unter Umständen auch vor einengenden Parteischranken nicht Halt zu machen brauche. (Beifall.) Auch seine — Dr. Scholz — Stellung werde niemals ein Hindernis auf dem Wege etwaiger neuer politischer Bindungen sein. Es sei für die Partei eine Selbstverständlichkeit gewesen, alles daran zu setzen, um das große vorläufige Endziel Dr. Stresemanns, die Befreiung des Rheinlandes, in kürzester Frist zu erreichen. Daher rühre die einmütige und positive Haltung der Fraktion zu den Young-Gesetzen und auch zum polnischen Liquidationsvertrag. Um so stärker aber müsse die Partei nunmehr sich den Fragen der inneren Sanierung der deutschen Verhältnisse auf dem Gebiete der Wirtschaft und der Finanzen zuwenden. Die Fraktion sei der Ueberzeugung, daß nur der feste und unerschütterliche Wille zur Reform und zur Umkehr auf dem bisher betretenen verhängnisvollen Wege in Betracht komme. Daher rühre ihre Haltung zur Finanz- und Steuerreform, die sie ohne Rücksicht auf politische Folgen festgehalten habe.

Die Partei werde bei Verfolgung ihrer Auffassung, getreu der Ansicht des Zentralvorstandes von den grundsätzlichen Forderung, die dieser aufgestellt habe, nicht abweichen und versuchen mit allen Kräften innerhalb der jetzigen Regierungsgemeinschaft ihre Auffassung durchzusetzen. Sie werde auch von den letzten Konsequenzen nicht zurückschrecken, falls das nicht möglich sein sollte.

Dann wandte sich der Redner gegen den östlichen Bolschewismus.

Der Abschluß.

Im Verlauf der Aussprache, die der Rede des Parteivorsitzenden Dr. Scholz folgte, betonte unter vielen anderen Rednern der Reichstagsabgeordnete Dr. Schnee die Notwendigkeit der Wiedererlangung kolonialen Besitzes durch das Reich. Das Fehlen dieser Rohstoffbasis mache sich bei uns immer mehr fühlbar. Ein Deutschland mit Kolonien würde seine Zahlungsbilanz verbessern und die Arbeitslosigkeit mildern können.

Nach Erstattung des Organisationsberichts durch Staatssekretär a. D. Kempkes waren die Arbeiten des Parteitages erledigt. In seinem Schlußwort wies der Ehrenvorsitzende Dr. Kahl darauf hin, daß sich während der ganzen Tagung in allen Fragen volle Einmütigkeit ergeben habe. Niemand wisse, welches schließlich der Ausgang unserer gegenwärtigen politischen Katastrophe sein werde. Das hänge teils von Umständen ab, die dem Einfluß der Partei entzogen seien, teils auch von der persönlichen Einstellung. Geheimrat Kahl schloß seine Ausführungen mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf das Vaterland und erklärte darauf die Verhandlungen für geschlossen.

Enthüllung eines Bassermann-Denkmals.

Der Reichsparteitag der Deutschen Volkspartei fand am Sonntag nachmittag mit der Enthüllung des Ernst Bassermann-Denkmals seinen Abschluß. Der Parteivorsitzende, Reichsminister a. D. Scholz, hielt die Weiherede. Bassermann, so führte der Redner aus, sei ein wahrhaft nationaler, liberaler und sozialer Mensch gewesen, der seiner Partei neue Ziele und Wege gewiesen habe. Sein Andenken werde nicht erlöschen, solange es eine Deutsche Volkspartei gebe.

Nach dem gemeinsamen Gesang des Deutschlandliedes übernahm Oberbürgermeister Dr. Heimerich das Denkmal in den Schutz der Stadt Mannheim. Darauf folgten zahlreiche Kranzniederlegungen.

Politische Tagesschau.

Das Einkommen des Reichsbahn-Generaldirektors. Im Zusammenhang mit der Verabschiedung des Haager Abkommens hat der Reichstag auch einer Entschließung zugestimmt, worin die Regierung ersucht wird, die Bezüge der leitenden Persönlichkeiten der Reichsbank und der Reichsbahn, sowie die Bezüge der Mitglieder des Generalrates und des Verwaltungsrates dieser Institute öffentlich bekanntzugeben. In einem Artikel des „Politisch-gewerkschaftlichen Zeitungsdienstes", des Organs des Deutschen Gewerkschaftsbundes, werden nun einige Angaben über die Bezüge der oberen Reichsbahnfunktionäre gemacht. Danach beträgt das Gesamteinkommen des Generaldirektors einschließlich Dienstaufwandsentschädigung 98 000 Mark. Die Mitglieder des Verwaltungsrates erhalten jährlich 24 000 und sofern sie dem Arbeitsausschuß des Verwaltungsrates angehören, 36 500 Mark. — Sind derartig hohe Bezüge in einer Zeit schwerster Wirtschaftsnot noch berechtigt?

Teilweise Freilassung verurteilter sowjetrussischer Bauern. Wie aus Moskau gemeldet wird, hat das Präsidium des Vollzugsausschusses der sowjetrussischen Republiken einen Beschluß gefaßt, nach dem alle Bauern, die wegen Verstoßes gegen die Gesetze zu Gefängnisstrafen verurteilt waren, sofort freigelassen werden sollen, um bei dem Wiederaufbau der kollektiven Bauernwirtschaften Verwendung zu finden. Nach den Weisungen des Präsidiums dürfen jedoch nur Bauern aus den Gefängnissen entlassen werden, die nicht sowjetfeindlich

eingestellt sind und keine schweren Verbrechen begangen haben. Die Freilassung der Gefangenen ist deshalb verfügt worden, weil nicht genügend Menschenmaterial da ist, um die Beschlüsse über die Rückgängigmachung der Auflösung der individuellen Bauernwirtschaft durchzuführen.

Aus Laasphe und Umgegend.

Kreistagssitzung vom 17. März 1930.

(Fortsetzung.)

2. **Verwaltungsbericht.** — Schluß.

Der Kreistag habe 5, der Kreisausschuß 16 Sitzungen abgehalten. Das Gesamtvermögen des Kreiskommunalverbandes betrage 1 539 595 *RM*, denen nur rd. 143 000 *RM* Schulden gegenüberständen. Die Kreisstraßen hätten erhebliche Ausgaben verursacht. Ueber den planmäßig vorgesehenen Betrag von rund 159 000 *RM* hinaus seien noch etwa 9000 *RM* notwendig gewesen, um die Kreisederstraße von Raumland bis zur Kreisgrenze bei Hatzfeld zur Uebergabe an die Provinz herzustellen. Es sei zu hoffen, daß in den nächsten Jahren nicht nur der Rest der Kreisederstraße, sondern auch die Straße von der Provinzialstraße bei Erndtebrück bis zur Kreisgrenze bei Röspe von der Provinz übernommen würde. Für Wege- und Wasserleitungsbauten seien 9000 *RM* Kreisbeihilfen bewilligt worden. Erfreulich sei, daß mit Ausnahme von Amtshausen, Benfe, Heiligenborn, Holzhausen, Mollseifen und Rückershausen in allen Gemeinden des Kreises Wasserleitungen vorhanden seien. In Girkhausen sei ein neues Schulhaus gebaut; die Schule in Erndtebrück sei erweitert worden. In Laasphe sei ein großer Schulbau im Gange. Im November 1929 habe mit der Schulabteilung der Regierung in Arnsberg eine Bereisung des Kreises stattgefunden. Für 1930 sei der Neubau einer zweiklassigen Schule in Puderbach und die Aufstockung von zwei Klassen in Berleburg beschlossen worden. In Aussicht genommen seien Schulbauten oder Bau von Lehrerwohnungen in Langewiese, Wunderthausen, Diedenshausen, Allertshausen, Richstein, Oberndorf, Rückershausen und Fischelbach. Erfreulicherweise seien in 1929 erheblich höhere Ergänzungszuschüsse als in 1928 in den Kreis gekommen. Darüber hinaus seien noch weitere Beträge für den gesamten Kreis und ein Sonderbetrag für die zum Schulzweckverband für den nördlichen Teil des Kreises gehörigen Schulverbände zu erwarten. Durch die günstige Witterung sei die Belegung des Kreiskrankenhauses geringer gewesen. Für 1928 seien 6823, für 1929 6017 Pflegetage zu verzeichnen. Die Benutzung des Krankenautos sei infolgedessen ebenfalls geringer gewesen (122 Fahrten mit 4644,3 Km. gegen 188 Fahrten mit 6654,5 Km. in 1928).

Wegen unzulänglicher Zuweisungen aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds habe der Wohnungsbau seither nicht so gefördert werden können, wie es erwünscht gewesen wäre. Um die alten Bauten zu sanieren und um damit auch gleichzeitig die Bauhandwerker zu befriedigen und Zwangsversteigerungen zu vermeiden, habe der Kreisausschuß im November 1929 noch rund 43 000 *RM* und am 15. ds. Mts. rd. 50 000 *RM* an Hauszinssteuer-Hypotheken nachbewilligt. In der letzten Sitzung habe der Kreisausschuß weiter für etwa 30 Neubauten und etwa 33 Erweiterungsbauten Hauszinssteuer-Hypotheken von insgesamt rd. 88 000 *RM* genehmigt. Der Kreisausschuß sei damit über die Summe der voraussichtlich zur Verfügung stehenden Mittel des Rechnungsjahres 1930 hinausgegangen. Das sei aber notwendig, um die Bautätigkeit in Gang zu bringen. Nötigenfalls müßten Zwischenkredite aufgenommen und die Zinsen den Baulustigen in Rechnung gestellt werden. Die vom Kreisausschluß beschlossenen Richtlinien und die Tätigkeit des Kreisbauamtes bei der Durchprüfung der Hauszinssteueranträge würden nicht nur den Baulustigen, sondern auch den Bauhandwerkern große Vorteile bringen.

Die Entwicklung der Kreissparkassen hätte zuerst erfreulich ausgesehen, wenn auch gelegentlich der alsbald nach seinem Amtsantritt vorgenommenen Revision bei der Kreissparkasse Berleburg der Vorsitzende in zahlreichen Fällen die Kreditgewährung und Bearbeitung habe beanstanden müssen. Leider seien dann bei der Verbandsrevision im Okt. v. Js. erhebliche Unregelmäßigkeiten bei der Kreissparkasse Berleburg festgestellt worden. Der Vorstand der Kreissparkasse schätze den Verlust aus den Veruntreuungen, verfehlter Kreditgewährung aus der zwischenzeitlichen Personalvermehrung und den Kosten der Revision auf etwa 200 000 *RM*. Veränderungen seien natürlich möglich.

Die Fürsorgeausgaben würden voraussichtlich 77 544 *RM* gegenüber 73 526 *RM* in 1928 betragen. Diese Erhöhung der Ausgaben sei bedingt durch die anhaltende wirtschaftliche Notlage, die zu immer stärkerem Verbrauch der in den bedürftigen Familien noch vorhandenen Bestände an Kleidung, Wäsche und dergl. führe. Es würde in Zukunft mehr als seither darauf geachtet werden, daß Unterstützungen erstattet würden, sobald Hilfsbedürftige zu Einkommen und Vermögen gelangten. Erfreulich sei, daß jetzt aus den Mitteln der Schwerbeschädigtenfürsorge auch der Wohnungsbau gefördert werden könne. Die Arbeiten der Amtsvormundschaft hätten erheblich zugenommen. Zu dem vom Kreis zur Förderung der Jugendpflege zur Verfügung gestellten Betrag von 1500 *RM* habe der Staat 1385 *RM* bewilligt. Diese Beträge seien zur Anschaffung eines Klaviers für die Turnhalle in Berleburg, von Lichtbildserien und Einrichtung einer Lichtbildzentrale, zur Einrichtung eines Versammlungsraumes in Elsoff, für den Ankauf von 60 Paar Schneeschuhen und Entsendung von zwei Jugendführern zu Ausbildungslehrgängen verwendet worden. 6 Nähmaschinen sollten noch beschafft werden. Die in Berleburg und Laasphe veranstalteten Volkstanzlehrgänge seien gut besucht gewesen. Die Reichsjugendwettkämpfe in Leimstruth hätten gelegentlich des Verfassungstages stattgefunden. Die Anschaffung eines zweiten Autos für die Kreisfürsorgerin habe sich außerordentlich erfreulich ausgewirkt. Die Kreisfürsorgerin gewinne dadurch sehr viel Zeit für ihre Aufgaben. Wenn die geplante Zusammenarbeit mit den kirchlichen Gemeindepflegestationen zustande käme, sei eine ausreichende Betreuung der Kranken und notleidenden Bevölkerung sichergestellt.

Ein gedruckter Verwaltungsbericht würde in nächster Zeit herausgegeben werden.

(Forts. folgt.)

*

* **Laasphe**, 24. März. In seiner Sitzung vom 15. März 1930 hat der Kreisausschuß als Ersatzmann für den am 1. März 1930 nach Werdohl versetzten Kreistagsabgeordneten Bahnhofsinspektor Günther den Reserve-Lokomotiv-Führer Völkel aus Erndtebrück festgestellt, den die Mehrheit der Unterzeichner des Wahlvorschlages „Beamte und Angestellte" benannt hatte. — Zur Förderung des Fremdenverkehrs bewilligte er, nachdem Städte und Aemter sich beteiligt hatten, einen Betrag für die Sauerlandreklame. Neben kleineren Sachen verhandelte der Kreisausschuß sehr eingehend darüber, ob der Kreis es durch irgendwelche Hilfe ermöglichen könne, den Betrieb der Firma C. Koch in Berleburg wieder in Gang zu bringen. Kreishilfe für diesen Zweck erschien leider wegen des damit verbundenen Rifikos und der Unabsehbarkeit der erforderlichen Summe nicht möglich. Es wurden dann die fast 200 Anträge auf Bewilligung von Hypotheken aus Mitteln der Hauszinssteuer, der Landesversicherungsanstalt, Bürgschaftshypotheken der Sparkassen von Zinszuschüssen beraten. Zur Sarnierung von 47 bereits in früheren Jahren begonnenen Bauten bewilligte der Kreisausschuß rd. 49 250 *RM* aus Hauszinssteuermitteln und übernahm für 48 400 *RM* Hypotheken der Sparkassen die Bürgschaft. Für 30 in Angriff zu nehmende neue Wohnungen wurden 41 000 *RM* aus Mitteln der Landesversicherungs-Anstalt, 18 200 als vom Kreis zu verbürgende 2. Hypotheken, 57 000 *RM* als Hauszinssteuer-Hypotheken und je 1200 *RM* als jährliche Zinszuschüsse auf zunächst 5 Jahre bewilligt. Für 33 in Angriff zu nehmende Erweiterungsbauten unzureichender Wohnungen wurden 5600 *RM* als vom Kreis zu verbürgende 2. Hypotheken, 311 500 *RM* als Hauszinssteuer-Hypotheken und 300 *RM* als jährliche Zinszuschüsse bewilligt. Der Kreisausschuß hat wegen der notwendigen Schlußfinanzierung in früheren Jahren begonnener, aus Mangel an Mitteln nicht ausreichend bedachter Bauten es verantworten zu können geglaubt, höhere Zuweisungen an Hauszinssteuer und höhere Bürgschaften für 2. Hypotheken in Aussicht stellen zu können, als wahrscheinlich aus den im Rechnungsjahre 1930 zur Verfügung stehenden Mitteln ausgeschüttet werden können. Die fehlenden Summen müssen im Rechnungsjahre 1931 endgültig abgedeckt und bis dahin im Kreditwege beschafft werden. Die schnellere Behebung der Wohnungsnot und die Mehrbeschäftigung des Baugewerbes im Kreise rechtfertigen diesen Entschluß. Die sorgfältige Vorprüfung sämtlicher Anträge nach der technischen und finanziellen Seite hin besonders durch den Kreisbaumeister läßt erhoffen, daß alle Bauten, die der Kreis neu unterstützt, auch tatsächlich bis zum Ende durchgeführt und daß in allen Fällen bei sparsamer Lebensführung auch die für Verzinsung, Tilgung, Feuerversicherung, Instandhaltung und Steuerbelastung des neuen Hauses erforderlichen Gelder laufend aufgebracht werden können. Erforderlich ist dazu allerdings in den meisten Fällen, daß die jetzt als beabsichtigt angegebene eigene Arbeitsleistung auch tatsächlich im höchstmöglichen Umfange geleistet und die Bauten sämtlich sparsam ausgeführt werden. Der Kreisausschuß ist entschlossen, für Bauten, die jetzt erst in Angriff genommen werden, über die nach sorgfältiger Prüfung vorgenommenen ersten Bewilligungen hinaus keinesfalls Nachbewilligungen vorzunehmen. Er hat nur Bauten unterstützt, die nach sorgfältiger Prüfung mit den bewilligten Beträgen und dem angegebenen Eigenkapital und der beabsichtigten eigenen Mitarbeit voll finanziert werden können. Jeder Bauherr muß sich daher mit den bewilligten Mitteln einrichten.

* **Laasphe**, 24. März. Trotz des schönen Frühlingswetters und des Fußballgroßkampftages war eine Anzahl von hiesigen Turnfreunden der Einladung des Brudervereins Wallau gefolgt. Das Fritz Henkel-Haus, das im ganzen ein stattliches Turnerheim darstellt, war bis auf den letzten Platz gefüllt. Die Darbietungen der Wallauer Turner und Turnerinnen zeugten von großem Fleiß und fanden reichen Beifall. Einen Hochgenuß erlebte man aber durch die Hessen-Gauriege. Wenn auch ersatzgeschwächt (Reuter-Gießen war wegen Krankheit verhindert), so wurden an den einzelnen Geräten schöne Gipfelleistungen gezeigt, die wahre Beifallsstürme auslösten. Die gesamte Aufmachung der Veranstaltung dürfte somit als Werbeturnen ihren Zweck erreicht haben. H.

* **Laasphe**, 24. März. (Jubiläum.) Am heutigen Tage begeht die Fürstliche Beschließerin Fräulein Frieda Hertel auf Schloß Wittgenstein die 25jährige Wiederkehr ihres Diensteintritts. Fräulein Hertel wurde von der Landwirtschaftskammer für die Provinz Westfalen in Anerkennung ihrer besonderen Diensttreue die bronzene Brosche verliehen. Der Jubilarin unsere besten Glückwünsche.

† **Banfe**, 24. März. (Besitzwechsel.) Das frühere August Völkel'sche Haus ist durch Kauf an Metzger Kretzer hierselbst übergegangen.

Wetterbericht.

Ueber Westeuropa hat ein kräftiger Druckanstieg eingesetzt, der wahrscheinlich über dem ganzen Kontinent zu einem Hochdruckrücken führen wird. Die kalte Luft ist nunmehr auch über Nordeuropa abgeströmt, so daß allgemein mit Erwärmung und ruhigerem Wetter zu rechnen sein wird.

Voraussichtliche Witterung: Aufheiterung, tagsüber wärmer bei vorerst noch westlichen Winden.

Turnen * Spiel * Sport.

Fußball.

Laasphe 1. Jgd. gegen Dillenburg 1. Jgd. 0 : 6 (0 : 5).
Laasphe 2. gegen Dillenburg 2. 0 : 7 (0 : 4).
Laasphe 1. gegen Dillenburg 1. 0 : 9 (0 : 4).
Niederlaasphe 1. gegen Banfe 1. 7 : 1 (4 : 0).
Niederlaasphe 2. gegen Banfe 2. 2 : 5.
Feudingen 1. gegen Hilchenbach 1. 5 : 0.
Feudingen 2. gegen Hilchenbach 2. 8 : 1.

Die Westdeutsche Handballmeisterschaft

errangen gestern in Hagen vor 10 000 Zuschauern die Sportfreunde Siegen durch einen 6 : 4-Sieg über Tura Barmen. Das Spiel wurde in der zweiten Halbzeit durch den Westdeutschen Rundfunk übertragen.

Um die Süddeutsche Fußballmeisterschaft.

München: Bayern München — F.-C. Pirmasens 2:3 (0:1).
Stuttgart: VfB. Stuttgart — Sp.Vgg. Fürth 4:1 (2:1).
Waldhof: S.V. Waldhof — Wormatia Worms 2:1 (1:0).
Frankfurt: Eintracht Frankfurt — F.-C. Freiburg 4:1 (2:0).

Die Spiele der Trostrunde.

Gruppe Südost. 1. F.-C. Nürnberg — A.S.V. Nürnberg 6:2 (1:1), Phönix Karlsruhe — 1860 München 6:1 (3:0), Jahn Regensburg — Union Böckingen 4:1 (0:0).

Gruppe Nordwest. F.S.V. Frankfurt — F.-V. Saarbrücken 3:0 (0:0), S.Fr. Saarbrücken — S.-V. Wiesbaden 2:3 (0:1), V.f.L. Neu Isenburg — V.f.L. Neckarau 4:3 (4:0).

Tschechoslowakei gegen Oesterreich 2 : 2 (0 : 1).

Die Veruntreuungen bei der Berleburger Kreissparkasse vor Gericht.

Bei der Verhandlung wurde in der Beweisaufnahme mit der Vernehmung des Zeugen Kreisinspektors Martin fortgefahren. Er bezeugt die starken Ueberziehungen seines Kontos, das heute bis auf 33 000 Mark angelaufen sei. Das Haus, das er mit dem Kredit erbaut hat, bietet in seinem Wert keine ausreichende Sicherheit für seine Schuld bei der Sparkasse. Weitere Sicherheiten bestehen nicht. Der Betrag setzt sich heute aus 22 000 Mark Barüberweisungen und aus ungefähr 10 000 Mark Zinsen zusammen. Der als Sachverständiger vereidigte Zeuge Petri bezweifelt, daß der Sparkassenvorstand den durch Hartmann für Martin beantragten Kredit von 8000 Mark ohne Deckung bewilligt habe. Er äußert den Verdacht, daß der bewilligte Kredit nur 800 Mark betragen habe und später von Hartmann durch Fälschung im Beschlußprotokoll erhöht worden sei. Hartmann bestreitet diese Möglichkeit energisch. Der Sachverständige Krumme bekundet, daß der dem Kreisinspektor Martin von Hartmann zugeschobene Kredit für die Sparkasse zum größten Teil verloren sei.

Rechtsanwalt Dr. Gloede war zur Zeit der zur Verhandlung stehenden Vorkommnisse Vorsitzender des Vorstandes der Kreissparkasse. Er will von den Kreditgewährungen an Martin erst nach der Aufdeckung des Skandals erfahren haben. Er behauptet, daß die Gewährung eines Kredites von 8000 Mark ohne Bedingungen, wie es in dem Beschluß des Kassenvorstandes zu lesen ist, unmöglich gewesen sei, da sie gegen die Satzungen verstoßen hätte. Der Vorsitzende fragt den Beklagten Hartmann, ob er nicht gestehen wolle, daß er den Beschluß der Kreditgewährung nachträglich durch Anhängen einer Null gefälscht habe. Es liegen dem Gericht eine ganze Anzahl von Beschlüssen des Sparkassenvorstandes vor, in denen die Zahlen durch angehängte Nullen gefälscht zu sein scheinen. Der sensationelle Verdacht, daß von Hartmann Schriftstücke gefälscht worden sind, ist erst bei einer Nachprüfung der Papiere in den letzten Tagen aufgetaucht. Hartmann bestreitet, solche Fälschungen vorgenommen zu haben.

Der Zeuge Hof, der bei der Sparkasse angestellt war, bestätigt die Ueberziehung seines Kontos bei der Sparkasse um 4800 Mark mit dem Einverständnis Hartmanns. Dieser will keine Möglichkeit gehabt haben, die Ueberziehungen festzustellen. Zeuge Rudolf Born hatte als Angestellter der Sparkasse sein Konto um 2500 Mark überzogen. Zinsen seien ihm unter dem bankmäßigen Zinsfuß belastet worden. Der Zeuge Hof sagt aus, daß es allgemein üblich war, den Angestellten der Sparkasse niedrigere Zinsen zu gewähren. Der 22jährige Zeuge Heinrich Born hatte als Angestellter der Sparkasse sein Konto mit 3400 Mark überzogen. Der ehemalige Angestellte der Sparkasse Spieß hatte sein Konto um 800 Mark überzogen. Der Betrag ist von ihm bereits zurückgezahlt worden, während die anderen bisher Vernommenen mittellos sind und noch keinen Ersatz für die Schädigungen der Sparkasse leisten konnten. Die Ueberziehung des Kontos des Zeugen Möhn, der ebenfalls Angestellter der Sparkasse war, um 2750 Mark, ist durch den Vater des Zeugen ausgeglichen worden. Alle diese Zeugen behaupten, daß ihre Ueberziehungen mit Wissen und Einverständnis Hartmanns vorgenommen worden und ihnen erniedrigte Zinsen berechnet worden seien. Keiner will die Zinsberechnungen vorgenommen haben.

Der Zeuge Kroh, Vater des Angeklagten Kroh, will nicht mehr wissen, daß er Hartmann aufgefordert hat, die Kontenüberziehungen seines Sohnes zu verhindern. Der Zeuge G. Hartmann, dessen Konto hauptsächlich zur Verdeckung belastet worden war, bekundet, daß er den Angeklagten Hartmann nicht ermächtigt habe, die Umbuchungen an seinem Konto vorzunehmen. Er bestätigt, daß er ihm die 7600 Mark zur Abdeckung seines Defizits zur Verfügung gestellt hätte, falls er darum angegangen worden wäre. Der Angeklagte Hartmann behauptet, daß die monatlich vorgenommenden Revisionen des Vorstandes kaum einmal stattgefunden hätten und die Revisionsprotokolle durch Umlauf bei den Mitgliedern zur Unterschrift gegeben worden seien. Auf diese Weise sei das neun Monate lange Bestehen des von ihm behaupteten Defizits von seiner buchungsmäßigen Verschleierung ohne Entdeckung möglich gewesen. Der Zeuge Gloede bestreitet, daß die Revisionen so lange unterlassen worden seien, und der Sachverständige Krumme nimmt darum an, daß das Defizit niemals bestanden habe. Zu den Wechselbiskontierungen im Falle des Landrats Kretschmar sagt er aus, daß diese in völlig vorschriftswidriger Form vorgenommen worden seien. Durch zu niedrig berechnete Debetzinsen für den Landrat und zu hoch berechnete Kreditzinsen für das Konto der Erben des Landrates wurde dem Kreis ein Schaden von 4557 Mark zugefügt. Der Angeklagte Hartmann behauptet, daß die Kreditanträge in ganzen Stößen beim Vorstand zur Unterschrift herumgetragen worden seien und daß die Unterschriften mit verbundenen Augen gegeben wurden.

Für die durch die Zinsberechnung im Falle des Landrats Kretschmar entstandenen Schäden ist bisher kein Ausgleich vorhanden. Auf Antrag des Staatsanwalts wird Landrat Brosfok unter Eid vernommen, um darüber auszusagen, wie der Kreis verfahren wäre, wenn ihm das Defizit bei der Sparkasse zur Kenntnis gekommen wäre. Der Landrat bekundet, daß man Hartmann für die Deckung weitestgehend in Anspruch genommen hätte. Er sagt weiter aus, daß bei seinem Amtsantritt ihm nur gute Auskünfte über die Vertrauenswürdigkeit des Kassenrendanten gegeben worden seien.

Der Zeuge Kroh gibt an, daß sein Sohn nicht berechtigt war, über das Konto seines Vaters zu seinem eigenen Vorteil zu verfügen. Von den Abhebungen und Kontoüberziehungen seines Sohnes erhielt er auch durch die ihm zugestellten Kontoauszüge keine Kenntnis. Rendant Hartmann will von der ganzen Sache nichts gewußt haben. Der Angeklagte Kroh behauptet, daß mindestens 90 Prozent des Geldes ihm von Hartmann übergeben worden seien. Auf Veranlassung Hartmanns habe er davon Abstand genommen, seinen Vater zu unterrichten. Auch die Abbuchung vom Kundenkonto G. Hartmann sei auf Anraten des Rendanten erfolgt. Durch die Beweiserhebung ist nicht nachgewiesen, daß Kroh das Geld selbst der Kasse entnommen hatte. Nach Feststellung des Sachverständigen hat der Aufwertungsfonds, der offen in einem Kubert im Kassenschrank gelegen hätte, 3200 Mark betragen, und war durch Entnahme der Angestellten bis zu einer ordnungsmäßigen Buchung auf 192 Mark zusammengeschmolzen. Hartmann

will den Umschlag des Aufwertungsfonds nach einer Reise mit Quittungen und Bargeld gefüllt zurückerhalten und darauf gedrungen haben, daß die Quittungen von den Ausstellern baldmöglich wieder eingelöst werden sollten. Rendant Petri legte dem Gericht eine Anzahl von Quittungen des Angeklagten Kroh vor, über deren wirtschaftliche Bedeutung keine Feststellungen gemacht werden können. Der Sachverständige knüpft hieran Vermutungen über den Verbleib der zweimal 20 000 Mark, die bei der Sparkasse spurlos verschwunden sind. Er nimmt an, daß diese Quittungen einen Teil von Geldentnahmen der Angestellten nachweisen, die von Hartmann auf eine Sammelquittung übernommen worden und dann zu Lasten der Sparkasse unverbucht geblieben seien.

Es werden dann mehrere Zeugen vernommen, die Scheffel und auch den anderen in Frage kommenden Angeklagten Geldbeträge zur Einzahlung bei der Sparkasse übergeben hatten. Die Beträge sind von den betreffenden Angeklagten unterschrieben worden. Aus den Aussagen der Zeugen geht hervor, daß sie mit der Uebergabe des Geldes die Angeklagten nicht als bevollmächtigte Beamte der Sparkasse angesehen haben, sondern ihre Bemühungen als Gefälligkeiten betrachteten. Die Entnahmen aus dem Aufwertungsfonds stellen sich bei einer erregten Debatte über die dem Gericht vorliegenden Quittungen so dar, daß die Angeklagten das dem Fonds entnommene Geld durch Belastung ihrer Konten — die nach dem Sachverhalt doch wieder zu Lasten der Sparkasse gingen — wieder ausglichen. In die Angelegenheit der Quittungsausstellungen und Geldentnahmen aus dem Aufwertungsfonds wird durch die widersprechenden Aussagen des Angeklagten Hartmann auf der einen und der übrigen Angeklagten und Zeugen auf der anderen Seite weitere Verwirrung gebracht, so daß eine Klärung der Vorgänge kaum möglich erscheint.

Zeuge Langenbach, der Vater des Angeklagten Langenbach, bekundet, daß er von den Kontoüberziehungen und der Einrichtung eines Doppelkontos seines Sohnes von dem Zeugen Spieß unterrichtet worden sei und den Angeklagten Hartmann daraufhin aufgefordert habe, seinem Sohne vom Gehalt monatlich 50 Mark abzuhalten und ihm weiter kein Geld mehr zur Verfügung zu stellen. Der Sparkassenvorstand entsprach einem von Hartmann für Langenbach eingereichten Kreditantrag von 1200 Mark wie im Falle Scheffel in dem Glauben, daß es sich um ein Konto des Vaters des Angeklagten handelte.

Der Sachverständige Petri macht Mitteilungen über neu entdeckte Verfehlungen des Angeklagten Hartmann, deren Behandlung aber von dem Anklagevertreter abgelehnt wurde, da sie ein noch schwebendes Ermittlungsverfahren berühren. Weiter gibt er über den Zustand der Kasse bei der Uebernahme durch ihn nach dem Abtritt Hartmanns eine Schilderung, nach der die Wirtschaft Hartmanns und seiner Mitarbeiter unverantwortlich war. Es boten sich unglaubliche Zustände sowohl in der Führung der Kassenarbeiten selbst wie in dem Aussehen der Diensträume der Sparkasse. Bierflaschen, Speiseabfälle, Kontobücher und Kassenbelege seien in den Schränken in buntem Durcheinander vorgefunden worden und ließen Rückschlüsse auf den Diensteifer und die Auffassung der Angestellten der Sparkasse zu. Die Buchführung sei derartig nachlässig und undurchsichtig gewesen, daß es heute unmöglich sei, alle geschäftlichen Manipulationen der Sparkasse unter Hartmanns Leitung festzustellen. Er nehme an, daß der der Sparkasse entstandene Schaden, der in vielen Fällen nicht klar nachweisbar sei, mit 200 000 Mark kaum zu hoch geschätzt sein dürfte. Eine restlose Aufklärung der Verfehlungen habe die Verhandlung nicht erbracht.

Es werden dann Anträge zur Beeidigung der Zeugen gestellt. Der Staatsanwalt beantragt, die ehemaligen Angestellten der Sparkasse nicht unter Eid zu nehmen, stellt aber auf der anderen Seite die Glaubwürdigkeit des Zeugen Martin als gegeben hin, da der anfänglich gehegte Verdacht, daß dieser unter Ausnutzung seiner dienstlichen Stellung sich die Vorteile bei der Sparkasse verschafft habe, durch seine Aussagen vollkommen beseitigt sei. Das Gericht verkündet nach kurzer Beratung den Beschluß, den Zeugen Martin zu vereidigen. Die Zeugen, die früher Angestellte der Sparkasse waren, werden nicht vereidigt, da sie unter dem Verdacht stehen, bei den zur Verhandlung stehenden Straftaten mitbeteiligt zu sein.

Der Staatsanwalt bezeichnete in seinem Plädoyer die Wirtschaft bei der Berleburger Sparkasse unparlamentarisch als Schweinerei. Die Frage nach den Gründen für die Unsicherheit im Sparkassenwesen finde gleichzeitig mehrere Antworten. Die Inflation habe das Verantwortungsbewußtsein der Kassenbeamten stark untergraben und die Begriffe von Wert und Unwert, Treu und Glauben verschiedungen unterworfen. Hinzu kommt die Kreditnot der heutigen Zeit, die zu unrechtmäßigen Geschäften verführe. In Berleburg liegen die Verhältnisse besonders eindeutig. Der Rendant Hartmann, ein erprobter Beamter, habe sich von unten heraufgearbeitet und hatte keine besonderen Fehler, die ihn zu seinen Verfehlungen prädestiniert hätten. Er stand den neuen Aufgaben seines Amtes nicht genügend gerüstet gegenüber, und bei seinen Mitarbeitern hatte er keine Stützen. Sie waren alle junge Leute, die Mehrzahl im Alter zwischen 20 und 30 Jahren, denen es an der nötigen Ausbildung und dem inneren Halt mangelte. Bezeichnend sei, daß das Motorrad bei ihnen eine große Rolle spielte, da sie einen Teil der veruntreuten Gelder dafür aufwendeten. Es sei auch zu beachten, daß Hartmann keinen Rückhalt bei dem Landrat Kretschmar hatte, da dieser in Geldangelegenheiten selbst nachlässige Auffassungen hatte. Hartmann habe sich sowohl im Falle Martin als im Falle der Kontoüberziehungen seiner Angestellten der Untreue schuldig gemacht. Eine weitere Untreue Hartmanns liege im Falle der unrechtmäßigen Zinsberechnungen im Konto des Landrats Kretschmar. Bis hierher könne man Hartmann noch zugute halten, daß er aus Gutmütigkeit gehandelt habe. Aber daß er zur Verschleierung eines angeblichen Defizits eine Falschbuchung an einem Kundenkonto vornahm, bedeute Betrug zum eigenen Vorteil. Bei Kroh nimmt der Anklagevertreter in zwei Fällen in einheitlicher fortgesetzter Handlung Diebstahl in mittelbarer Täterschaft an. Zur Geldentnahme aus dem Aufwertungsfonds, die der Ankläger als einzigartigen Vorgang im gesamten Kassenwesen bezeichnet, beantragt er ebenfalls Bestrafung wegen Diebstahls. Bei Scheffel komme in einem Falle gewöhnliche Unterschlagung, in einem anderen Amtsunterschlagung und Diebstahl in Frage. Langenbach und Grund haben sich der Unterschlagung schuldig gemacht. Bei der Frage des Strafmaßes müssen alle schon erwähnten Momente der Demoralisation in Erwägung gezogen werden. Aber es handele sich hier um prinzipielle Fragen von allergrößter Bedeutung. Im Falle Martin beantragt er für Hartmann 6 Monate Gefängnis, im Falle der Angestellten 1 Jahr Gefängnis, im Falle Kretschmar 4 Monate Gefängnis und Aberkennung der Befähigung zur Bekleidung öffentlicher Aemter. Für Kroh wird eine Gesamtstrafe von 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft beantragt, für Scheffel 1 Jahr Gefängnis, Langenbach 8 Monate und Grund 3 Monate Gefängnis.

Nach den fast zwei Stunden währenden Plädoyers der vier Verteidiger zog sich das Gericht zur Beratung zurück, die eine halbe Stunde währte.

Das Urteil lautete:

Der Angeklagte Hartmann wird wegen Untreue in drei Fällen und Betruges zu 1 Jahr 3 Monaten Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft verurteilt. Ihm wird die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von 5 Jahren aberkannt. Der Antrag des Angeklagten auf Aussetzung der Strafe wird auf Gerichtsbeschluß abgelehnt.

Kroh erhält wegen Untreue 6 Monate Gefängnis unter Anrechnung der Untersuchungshaft. Nach Verbüßung von 3 Monaten wird ihm Strafaussetzung mit Aussicht auf Erlaß des restlichen Teiles der Strafe zugebilligt.

Scheffel wird wegen schwerer Amtsunterschlagung und Betruges zu 7 Monaten Gefängnis verurteilt. Nach Verbüßung von 3 Monaten kann Strafaussetzung erfolgen.

Langenbach erhält wegen einfacher Unterschlagung 2 Wochen Gefängnis und Zubilligung der Strafaussetzung für die Dauer von 3 Jahren unter der Bedingung, daß er eine Buße von 100 Mark an die Gerichtskasse zahlt.

Grund wird wegen einfacher Unterschlagung zu 1 Monat Gefängnis bei Zubilligung einer dreijährigen Bewährungsfrist unter der Bedingung der Erlegung einer Buße von 200 Mark verurteilt. (Sieg. Ztg.)

*

Geschäftsübergabe.

„Na ja, aber das müssens' doch selber sagen, daß Sie das Geschäft nicht weiterführen können! Sie sind doch die ganze Zeit her schon schwach und kränklich gewesen und sollten froh sein, wenn eine frische, junge Kraft Ihnen den ganzen Kram abnimmt!"

Ein junger, fescher, kräftiger, unternehmungslustiger, etwas bunter Mann sagt's, der bei einem griesgrämigen, übellaunigen Alten in der Stube sitzt und seine Nachfolge übernehmen möchte.

„Natürlich! Auf Sie hab' ich warten müssen! Was wissen denn Sie von Kampf und Not des Lebens? Meinens, man schafft mit leichtem Blut, mit einem Blümerl auf'm Hut und mit einem bisserl Singerei die ganze Lebensschwere aus der Welt? s'Geschäft nicht weiterführen können ... schwach und kränklich gewesen sein .., ja, junger Mann, wissen denn Sie, ob ich schon am Ende meiner Kräfte bin?

So stemmt und weigert sich der Alte. Bitterbös und unwirsch sieht er aus, wenn er so aus eisgrauen Brauen stechend auf den Besucher schaut. Gott, denkt er sich dabei, s' ist ja wahr. Es ist wirklich nicht das Rechte mehr mit mir! Schlapp und müde fühl' ich mich, und schwach und alt. Aber es zugeben? Dem grünen jungen Laffen da mit seinem kecken Lachen und seiner Siegermiene ins Gesicht zugeben? Nein, da soll doch lieber ...

„Also, was ist's, Herr Winter, wollen Sie mir die Firma übergeben? Schauens, es hat ja keinen Wert mehr! Was habens auch davon, wenn Sie sich noch länger sträuben? Dann mach' ich halt einen Konkurrenzladen auf, die ganze Welt läuft „Zum bunten Frühling" und Sie sitzen da und können auf Ihre alten Tag' noch Zusammenbruch und Konkurs erleben."

Und was will er schließlich tun, der alte, müde Mann? Er murrt und faucht, stürmt und wettert noch ein bißchen, aber eines schönen Tages — die Sonne stand gerade extra schön am Himmel und über den ersten Blümchen sangen wunderschön die Vögel — war die Firma Winter richtig liquidiert und an ihre Stelle trat geschäftseröffnungsblank Herr Frühling!

Aus Nah und Fern.

△ **Marburg.** (Vor den Zug geworfen.) Kurz vor der Einfahrt in den Bahnhof Marburg wurde auf der Strecke Frankfurt—Kassel die vollständig verstümmelte Leiche eines jungen Mädchens im Alter von 18 bis 25 Jahren gefunden. Allem Anschein nach handelt es sich um eine Studentin. Von amtlicher Seite wird angenommen, daß sich das junge Mädchen in der Nacht von einem Zuge überfahren hat lassen, und daß dann mehrere Züge über sie hinweggegangen sind.

△ **Butzbach.** (Auf 160 Liter Milch — 50 Liter Wasser!) Der Milchhändler Heinrich Seipp aus Trais-Münzenberg hatte sich wegen fortgesetzter Milchfälschungen vor Gericht zu verantworten. Schon seit Wochen lieferte der Angeklagte täglich 160 Liter Milch an eine Molkerei, während nur 110 Liter von den Produzenten bei ihm eingingen. Die chemische Untersuchung ergab, daß in 160 Liter Milch durchschnittlich 50 Liter Wasser waren. Das Gericht verurteilte den Panscher wegen wissentlicher und fortgesetzter Milchfälschung zu einem Monat Gefängnis und 1200 Mark Geldstrafe.

△ **Kassel.** (Neue Erfindung für die Häutewirtschaft.) Dem Fleischermeister Ernst Stracke in Bad Wildungen ist es, gemeinsam mit einem Ingenieur, gelungen, das Problem des fehlerfreien Abziehens der Häute mit einem neuartigen Apparat zu lösen. Der Enthäutungs-Apparat wird zur Zeit im Kasseler Schlachthof erprobt. Bei seiner Bewährung würden dem Fleischergewerbe künftig große Verluste, die bisher durch die Beschädigung von Häuten und Fellen beim Abziehen entstanden, erspart.

Frankfurt a. M., 24. März. (50jähriges Arbeitsjubiläum.) Am 15. März ds. Js. beging der Betriebsleiter Fritz Freitag (ein geborener Laasphe) bei der Frankfurter Maschinenbau A.-G. das Fest seines 50-jährigen Arbeitsjubiläums. Der jetzt 73jährige erhielt vom Reichspräsidenten ein Glückwunsch- und Anerkennungsschreiben, außerdem hat ihm die Industrie- und Handelskammer eine Ehren-Urkunde verliehen. Die Firma, der Vorstand und die Beamtenschaft brachten ihm besondere Aufmerksamkeiten dar.

△ **Frankfurt.** (Einbruch in den Frankfurter Schlachthof.) In der Nacht wurde auf dem hiesigen Schlachthof ein Kühlkeller aufgebrochen. Gestohlen wurden sieben halbe Schweine, drei hintere Ochsenviertel und ein Kalb im Fell. Der Wert des Diebesguts beträgt etwa 1100 Mark. Von den Dieben fehlt noch jede Spur.

△ **Frankfurt a. M.** (Einbrecher erbeuten für 40000 Mark Platin.) In der Nacht statteten Einbrecher einer Fabrik in Griesheim einen Besuch ab und stahlen Platinteile im Werte von etwa 40 000 Mark. Die Kriminalpolizei ist mit der Aufklärung der Tat beschäftigt.

** **Solingen.** (Vor einem Jahr noch Millionär.) Ein Solinger Betriebsunternehmer, der vor einem Jahr noch ein Vermögen von über anderthalb Millionen Rmk. hatte, klagt jetzt in einem Prozesse auf Grund eines Armutszeugnisses, das ihm die Gemeindebehörde nach eingehender Nachprüfung durch das Wohlfahrtsamt und das Gericht nicht hat verweigern können.

□ **Bad Landeck führt Katzensteuer ein.** Bad Landeck in der Grafschaft Glatz hat sich seit Jahren um die Pflege und Erhaltung der einheimischen Singvögel durch Schaffung von Nistgelegenheiten, Winterfütterung usw. bemüht. Trotzdem ging jedoch von Jahr zu Jahr der Bestand an Singvögeln zurück; als Ursache wurde festgestellt, daß Katzen den Singvögeln nachstellen. Um die Singvögel vor den Katzen zu schützen, haben die städtischen Körperschaften jetzt beschlossen, eine Katzensteuer einzuführen, da andere Mittel nicht zur Verfügung stehen.

□ **Grubenunglück in Ostoberschlesien.** Auf der Hildebrandt-Grube in Antonienhütte wurden zwei Bergleute durch einstürzendes Gestein erschlagen und drei weitere verschüttet. Nach zehnstündiger Rettungsarbeit gelang es, die Verwundeten und die beiden Toten zu bergen.

□ **Kölns letzte Pferdedroschke.** Der Besitzer der letzten Kölner Pferdedroschke, dessen Gefährt im Dezember von einer Kraftdroschke angefahren wurde, wobei der Wagen zertrümmert und das Pferd getötet wurde, hat jetzt mit neuem Pferd und Wagen seinen alten Stand am Neumarkt wieder bezogen. Er will als einziger und letzter Droschkenkutscher Kölns sein Leben beschließen. Die Verkehrspolizei hat seine Konzession erneuert und ihm jede Unterstützung zugesagt, so daß man diesen Zeugen aus der „guten alten Zeit" wohl noch lange in Kölns Straßen bewundern kann.

□ **Eine Gemeinde, in der die Zeit stillsteht.** Die schwäbische Gemeinde Mittelstetten, zwischen Augsburg und Kaufbeuren gelegen, scheint einen besonderen Menschenschlag zu beherbergen. Dort war im letzten Jahr bei 400 Einwohnern weder eine Geburt, noch eine Hochzeit und auch kein Todesfall zu verzeichnen.

□ **Kesselexplosion in Dessau.** In der Dessauer Zuckerraffinerie flog ein Kessel in die Luft. Das Unglück forderte drei Todesopfer.

□ **Die Schlange im Teekessel.** Ein Inder wollte sich in einem Kessel Tee bereiten. Ohne daß er es bemerkte, kroch eine Giftschlange in den Kessel und wurde mitgekocht. Drei Personen, die dann von dem Tee tranken, starben an Vergiftungserscheinungen.

Großfeuer in einem englischen Zirkus.

Mehrere Verletzte. — Nur mit Mühe konnten die Tiere beruhigt werden.

In einem Zirkus in Birmingham brach am Freitag nachmittag ein Großfeuer aus, das mit ungeheurer Geschwindigkeit um sich griff und unter den Tieren der Menagerie einen riesigen Tumult verursachte. Am schwierigsten gestaltete sich die Rettung der in einem großen Käfig befindlichen acht Löwen des Zirkus, durch dessen Eisenstäbe die Flammen schlugen. Der unerschrockene Löwenbändiger begab sich in den Käfig, und es gelang ihm auch nach vieler Mühe, die wild umherspringenden Tiere zu beruhigen.

Es gelang ihm, seine Aufgabe ohne die geringste Verletzung durchzuführen, und er krönte sie noch dadurch, daß er einigen Tieren die versengten Mäuler sofort mit Salbe bestrich. Die Elefanten benahmen sich verhältnismäßig ruhig. Nur zwei traten in ihrem Schrecken einen Wärter, der schwer verletzt wurde.

Die ausgebrochenen Pferde mußten später im Stadtpark wieder eingefangen werden; ein Kunstreiter, der in dem Hauptzelt trainierte, mußte durch die Flammen hindurchreiten, wobei sein Pferd schwere Brandwunden erlitt. Schließlich wurde noch ein junges Mädchen des Personals bei dem Versuch, dressierte Gänse zu retten, schwer verletzt. Der Zirkus, einer der größten Wanderzirkusse Englands, hatte erst am vergangenen Samstag Schaden erlitten, als das große Manegezelt einer Schneelast nicht widerstehen konnte und zusammenbrach.

Neueste Nachrichten.

Ums Blaue Band.

Bremen, 24. März. Die „Europa" hat am zweiten Tage ihrer Amerikafahrt die Schnelligkeit ihres Schwesterschiffes „Bremen" übertroffen. Die Durchschnittsgeschwindigkeit betrug 28.5 Knoten pro Stunde, während die „Bremen" am zweiten Tage ihrer Rekordfahrt nur 27.5 Knoten erreichte. Es besteht demnach die Möglichkeit, daß die „Europa" der „Bremen" das Blaue Band des Ozeans entreißen wird.

70 Bergleute überfallen drei Polizisten.

Palenberg, 24. März. In einer Wirtschaft in Palenberg (Kr. Gelsenkirchen) kam es zu einem wüsten Auftritt. Drei Polizeibeamte wollten in dem Restaurant Feierabend bieten. Plötzlich fielen wie auf Verabredung 60 bis 70 Bergleute über die Beamten her und schlugen mit Stöcken, Stühlen und Biergläsern auf sie ein. Es handelt sich hier zweifellos um einen organisierten Ueberfall, da von draußen her den Angreifern Pflastersteine hineingereicht wurden, die die Bergleute auf die Beamten schleuderten. Die Beamten griffen in der höchsten Not zu ihren Waffen. Verschiedene Angreifer wurden verletzt. Etwa 40 Schüsse gaben die Beamten ab, um sich der Angreifer zu erwehren. Auch die Bergleute müssen im Besitz von Waffen gewesen sein, denn Möbel, Fenster und Oberlichter wiesen Durchschüsse auf. Auf der Straße setzten sich die Schlägereien fort. Die Beamten erlitten schwere Verletzungen, die jedoch nicht lebensgefährlich sind.

Die Newa aus den Ufern getreten.

Kowno, 24. März. Wie aus Moskau gemeldet wird, ist in Leningrad infolge eines starken Sturmes die Newa aus den Ufern getreten. Mehrere Fabriken sind vollkommen überschwemmt. Zwei Boote mit Arbeiterkolonnen schlugen auf der Newa um. Eine andere Gruppe Arbeiter von 50 Mann wurde auf einer Eisscholle abgetrieben und konnte bis jetzt noch nicht gerettet werden.

Der Schmied von Murbach

2] Roman von Leontine v. Winterfeld-Platen.

(Nachdruck verboten.)

„Und warum wollt Ihr es, Herr Vater? Meint Ihr, ich wüßte nicht, daß es nur die reichen Aecker und Weinberge sind, die Euch so wohlgefallen? Und das große Kaufhaus in Nürnberg und die schweren Beutel Goldes?"

Der Alte rieb sich die knöchernen Hände, und ein wohlgefälliges Lächeln ging über sein mageres Gesicht.

„Und ist dir das alles noch nicht genug, mein stolzes Kind? Willst du noch höher hinaus mit deinem eigenwilligen Köpfchen? Es soll wohl gar ein Fürst oder Herzog sein, dem Edula Grantner einst die Rechte reicht?"

Er lachte spöttisch auf und gab ihr den Weg frei. Sie sah an ihm vorüber in den gründämmerigen Garten im Abendgold. In ihren dunklen Augen lag eine stille Trauer. —

„Es ist nimmer so, wie Ihr sagt, Herr Vater. Es braucht kein Fürst zu sein und kein Herzog. Nur ein Mann muß es sein, zu dem ich aufschauen kann mit Liebe und Achtung. Daß er den Wein und die Frauen mehr liebt, als gut und recht ist. Nun Ihr mir das gesagt habt von den Rosen, käme ich am liebsten nimmer zu dem Fest."

Eiring Grantner stampfte mit dem Fuß auf die Erde.

„Schwätz nicht so törichtes Zeug, Kind. Wo du dem Herzog den Ehrentrunk kredenzen sollst vor der Rathaustreppe. Dieweil du meine Tochter bist, und erste Jungfrau der Stadt. Es wird die andern bosen, die mir das Amt des Bürgermeisters neiden schon seit lange."

Und er rieb sich schmunzelnd die knöchernen Hände.

Langsam ging Edula in die Tür, das stolze, dunkle Haupt ein wenig gebeugt. Es war kein rechtes Verstehen zwischen ihr und dem Vater. Darunter litt sie schon seit langem.

Im Rathaussaal standen die Fenster weit geöffnet. Die Fackeln lohten und sandten ihren Qualm hinaus in die linde Juninacht. Vor dem Thronsessel des jungen Herzogs traten die Paare zum Reigen an. Aber Herzog Heinrichs Augen blitzten vor Jugendlust und Uebermut.

„Was soll ich hier auf den purpurnen Samtpolstern sitzen wie ein müder Greis, indes die schönsten Frauen und Mägdlein Gebweilers antreten zum Reigen und die Fiedeln locken in der linden Juninacht."

Und er schob die Goldkette zurecht, die breit über seinem blausamtnen Festgewand hing, und stieg die purpurbelegten Stufen zum Saal hinab. Sekundenlang flogen seine blauen Augen über das Festgewoge im Fackelschein. Dann trat er auf Edula Grantner zu, des Bürgermeisters gertenschlanke Tochter. Ritterlich neigte er sich vor ihr, die Hand am edelsteinbesetzten Knauf seines Schwertes. Blicke flogen hin und her durch den Saal. Man steckte die Köpfe zusammen und tuschelte. So etwas war noch nie dagewesen, so lange das Städtlein stand. Ein Herzogsohn mit einer Bürgerstochter.

Eiring Grantner rieb sich die Hände im Hintergrund. Er schmunzelte über das ganze hagere Gesicht.

Ei, das war gut für seine Macht und sein Ansehen in der Stadt. Das konnte er just brauchen. Denn er hatte manchen Feind im Rat und unter den Gilden, um seines Starrsinnes und Hochmutes willen. Heute war der stolzeste Tag seines Lebens. Sein Kind ging Hand in Hand mit Herzog Heinrich. Lauter schmetterten die Fanfarenklänge durch den Saal. Sie hatten sich zierlich an den Fingerspitzen gefaßt und schritten langsam und gemessen unter den duftenden Tannengirlanden, die die rauchgeschwärzten Deckenbalken und die getäfelten Wände schmückten. Paar folgte auf Paar, es war ein langer, bunter Zug. Aber die den Reigen anführten, waren die Schönsten von allen.

Edula Grantners Festkleid war aus glatter, schneeweißer Seide. Das floß in großen, weichen Falten an ihrer schlanken Gestalt hernieder. Ihre schwarzen Haare waren aufgelöst und lagen wie ein seidiger Mantel über Schultern und Rücken. Ein Goldnetz hielt sie oben auf dem Haupte und über der Stirn zusammen. Ihr sonst so weißes Gesicht war sanft gerötet vom Widerschein der Fakeln und von der Wärme im Saal.

Sie hatte ihr Haupt ein wenig gebeugt und sah weder rechts noch links. Die roten Rosen an ihrer Brust, die Josef Hainzinger ihr geschickt, und die sie auf Befehl ihres Vaters hatte anlegen müssen, hingen welk ihre Köpfe über den weißen Seidenfalten. Und beim langsamen Schreiten fiel müde und welk manch Rosenblättlein zu Boden, ohne daß Edula Grantner es merkte.

Der junge Herzog suchte ihr in die Augen zu sehen und meinte lächelnd:

„Ihr seid so schweigsam, vielschöne Jungfrau. Ist meine Nähe Euch nicht angenehm, oder was macht Euch so verstimmt?"

„Es ist wohl die Hitze, daß mein Kopf so schmerzt," sagte sie leise.

Da brach das Fanfarengeschmetter ab, und der Reigen hatte ein Ende. Herzog Heinrich führte sie an eines der offenen Fenster, durch das die linde Abendluft wohltuend wehte. Dort stand schon ein schwarzer, schlanker Jüngling, der auf sie gewartet zu haben schien. Alte Ratsherren zogen den Herzog in ein Gespräch, so daß die Jungfrau allein blieb am Fenster. Der Schwarze war mit einem Schritte neben ihr, und seine dunklen Augen flammten.

„Ihr habt Euch mit meinen Rosen geschmückt, Jungfrau Edula. Das danke ich Euch von Herzen."

Sie strich sich mit ihrer weißen Hand ein wenig müde über die Stirn.

„Es war meines Vaters Wunsch, daß ich die Rosen nahm. Ich hätte sie lieber daheim gelassen."

Er krauste die Stirn.

„Was seid Ihr immer so hart zu mir, Jungfrau Edula? Und wisset doch wohl, wie weh es mir tut. Die purpurnen Rosen hatten Euch viel zu sagen von mir."

(Forts. folgt.)



Zu unserer Goldenen Hochzeit sind uns zahlreiche Glückwünsche und Ehrungen zuteil geworden. Wir sagen auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank.

Karl Blucke und Frau.

Für die Kreise **Biedenkopf** und **Wittgenstein** wird ein in **Groß-** und **Kleinleben,** sowie in **Feuer, E. D., Unfall-** uud **Haftpflicht, Auto-** und **Auto-Cascoversicherung** durchaus erfahrener Fachmann als

Bezirks-Inspektor

gesucht. Ein Stab von Vertretern ist vorhanden, müßte aber noch ausgebaut werden. Geboten wird festes Monatsgehalt, Provisionen vom gesamten Neugeschäft aus dem Bezirk, sowie Spesen und Ersatz der Eisenbahnfahrtkosten.

Bewerbungen von nur Fachleuten erbeten unter **D. K. 453** an den Verlag dieser Zeitung.

Konkursverfahren.

Ueber das Vermögen des Kaufmanns **Wilhelm Kuppermann** in Banfe wird heute am 19. März 1930 vormittags 10.30 Uhr das Konkursverfahren eröffnet, da derselbe zahlungsunfähig und sein Antrag vom 13. 2. 1930 auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens abgelehnt ist.

Der Rechtsanwalt Meier, hier, wird zum Konkursverwalter ernannt.

Konkursforderungen sind bis zum 10. April 1930 bei dem Gericht anzumelden.

Es wird zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des Ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters, sowie über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die im § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände, ferner zur Prüfung der angemeldeteten Forderungen und zur Verhandlung und Abstimmung über einen von dem Gemeinschuldner etwa gemachten Zwangsvergleichsvorschlag auf den

15. April 1930, vormittags 11.30 Uhr

vor dem unterzeichneten Gerichte Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 10. April 1930 Anzeige zu machen.

Der Vergleichsvorschlag, den der Schuldner gemacht hat, ist auf der Geschäftsstelle I. des Konkursgerichts zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

Laasphe, den 19. März 1930.

Amtsgericht.



Rosen.

Für Mk. 4.70 den ganzen Garten voller Blumen! Wir liefern 8 Stck. Edelbuschrosen in den schönsten Sorten mit Namen; prima starke Sträucher; 5 Pracht-Gladiolen in den schönsten Farben, 5 Knollen-Begonien in den schönsten Farben, 2 wundervolle Dahlienknollen, alles in prima Qualität und schon in diesem Jahre unermüdlich blühend, die ganze Kollektion für nur Mk. 4.70.

Erfordia-Samenhaus
Blumenstadt Erfurt 265.

Ein neues steuer- und Führerscheinfreies

D.K.W.-Motorrad

preiswert zu verkaufen.

Selbiges ist gut eingefahren. Wo? sagt die Geschäftsstelle der Wittg. Ztg.

Runkelrüben

treffen erster Tage ein.

Wwe. Chr. Duchardt,
Laasphe.

Zwangsversteigerung.

Dienstag, den 25. März 1930, vorm. 11½ Uhr werde ich in der Wirtschaft Blecher in Banfe

1 Rind

öffentlich meistbietend gegen gleiche Barzahlung versteigern

Hilchenbach, 24. März 1930.

Westerhold,
Ober-Gerichtsvollzieher.

Ein in Hausarbeiten schon erfahrenes

Mädchen

zum alsbaldigen Eintritt gesucht.

Frau
Fabrikant Osterrath,
Laasphe,

Wasche mit Luft!

Meine **Waschkompressoren** waschen in 6 Min. 8—10 Hemden. Preis nur 10 Mk. Zur **prakt. Vorführung** am **Montag, den 24. 3.,** abends 8 Uhr im Saale West f. Hof, Laasphe, ladet freundlichst ein

Fr. Reutor, Fischelbach.

Landwirtschaftsschule Erndtebrück.

Die diesjährige

Schlußprüfung u. Abschiedsfeier

der Landwirtschaftsschule findet am **Mittwoch den 26. März, vorm. 10 Uhr** im Patt'schen Saale zu Erndtebrück statt.

Die Eltern der Schüler sowie alle Freunde der Anstalt werden hierzu herzlich eingeladen.

Der Direktor:
Müller, Landwirtschaftsrat.

Stadtschule Laasphe.

Die **Anmeldung** und **schulärztliche Untersuchung** der schulpflichtigen Kinder findet am **Dienstag, den 1. April 1930, morgens 10 Uhr** statt.

Durch Gesetz vom 15. 12. 1927 ist die Schulpflicht wie folgt geregelt:

§ 2. Die Schulpflicht beginnt mit dem 1. April für alle Kinder, die bis zum 30. Juni desselben Jahres das 6. Lebensjahr vollenden. Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das 6. Lebensjahr vollenden, können auf Antrag der Erziehungsberechtigten zu Beginn des Schuljahres in die Schule aufgenommen werden, wenn sie die für den Schulbesuch erforderliche körperliche und geistige Reife besitzen.

Schulpflichtige Kinder, die körperlich oder geistig nicht hinreichend entwickelt sind, um mit Erfolg am Schulunterricht teilzunehmen, können auf Grund eines amts- oder schulärztlichen Zeugnisses vom Schulbesuch zurückgestellt werden.

§ 3. Die Schulpflicht endet nach Ablauf von 8 Jahren mit Schluß des Schuljahres.

Zur Vermeidung von Irrtümern wird ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Kinder, die in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September das 6. Lebensjahr vollenden und erst am 1. 4. nächsten Jahres aufgenommen werden, die Schule volle 8 Jahre besuchen müssen.

Der Rektor: Steen.

Rektoratschule Laasphe.

Die **Anmeldung** und **Prüfung** der in die Rektoratschulklassen eintretenden Kinder findet am **Dienstag, den 1. April ds. Js., morgens 8 Uhr** statt. Aufgenommen werden können Schüler und Schülerinnen, auch von auswärts, die mit Erfolg 4 Jahre die Grundschulklassen einer Volksschule besucht haben.

Der Rektor: Steen.

Deutschnationale Volkspartei.

Montag, den 24. März 1930, abends 8¼ Uhr bei Kohlstaedt

Mitgliederversammlung

1. Vortrag des Geschäftsführers Schwinger-Hagen.
2. Besprechung von Parteiangelegenheiten.

Alle Mitglieder und Parteifreunde sind herzlich eingeladen.

Der Vorstand.

Die erfahrene Hausfrau

weiß, daß es zur Stärkung des Körpers nichts besseres gibt als DOPPELHERZ. Doppelherz ist als Kräftigungsmittel bewährt bei Blutarmut, Appetitlosigkeit, Schwächezuständen aller Art, Neurasthenie, Nervenleiden und nervösen Kopfschmerzen. Holen Sie heute noch eine Probeflasche zu M. 2.50, große Flasche M. 4.50 u. 5.50. Doppelherz-Dragees M. 1.50.

Niederlage:
Wittg. Drogerie Max Hinh, Laasphe.

Frankfurter Rundfunkprogramm.

Dienstag, 25. März. 6.30: Wetterbericht und Zeitangabe. Anschließend: Morgengymnastik. — 13.15 (1.15): Werbekonzert. — 13.30 (1.30): Schallplattenkonzert: Wunsch-Konzert. — 14.30—14.40 (2.30—2.40): Schallplatten zur Demonstration der Störungsquellen. — 15.15—15.45 (3.15—3.45): Stunde der Jugend. — 16 (4): Hausfrauen-Nachmittag. — 17—17.45 (5—5.45) Aus dem Cafés Mannheim: Nachmittagskonzert. — 18.05 (6.05): Bert Schiff liest aus seinen Werken. — 18.35 (6.35): „Sechzehn Jahre als deutscher Arzt auf Sansibar". — 19.05 (7.05) Von Stuttgart: „Wandlung der Jugend 1900—1930". — 19.30 (7.30): Oper auf Schallplatten: „Der Barbier von Sevilla". — 21.30 (9.30): Zeitberichte. — 22.10 (10.10): Konzert. — 23.10 (11.10): Nachrichten.